

*Frau
Präsidentin des Burgenländischen Landtages
Verena Dunst
Landhaus
7000 Eisenstadt*

Eisenstadt am 13. November 2019

Selbständiger Antrag

der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend drohende SchlieÙung von Postpartnern.

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

des Burgenländischen Landtages vom ... betreffend drohende Schließung von Postpartnern.

Die Österreichische Post Aktiengesellschaft (Post AG) ist mit einem Jahresumsatz von 2,0 Mrd. Euro und rund 20.500 Mitarbeitern Österreichs führender Logistik- und Postdienstleister. Zu den Hauptgeschäftsbereichen zählen die Beförderung von Briefen, Werbesendungen, Printmedien und Paketen.

Das Filialnetz der Post AG zählt zu den größten Privatkundennetzen des Landes und bietet seinen Kunden in ganz Österreich hochwertige Produkte und Services in den Bereichen Post, Bank, Telekommunikation und Energie.

An über 400 Standorten bietet die Post ihren Kunden ihr eigenes Post- und Telekommunikationsangebot an. Zusätzlich stehen rund 1.340 Postpartner österreichweit für das tägliche Geld- und Postgeschäft zur Verfügung.

Durch diese flächendeckende und zuverlässige Versorgung der österreichischen Bevölkerung und Wirtschaft mit Postdienstleistungen liefert das Unternehmen einen wichtigen Beitrag zur Aufrechterhaltung und Absicherung der Kommunikations- und Logistikinfrastruktur des Landes.

Im Jahr 2004 wurde die Privatisierung der heutigen Post AG durch die damalige Bundesregierung diskutiert und in weiterer Folge durchgeführt. Mitte 2006 startete der Verkauf von 41,3 Millionen Aktien der Post AG zum Emissionskurs von 19 €. Aktuelle Hauptaktionäre sind die ÖBAG - Österreichische Beteiligungs AG mit einem Anteil von 52,8 % und die Republik Österreich mit einem Anteil von 19,2 %.

Die ÖBAG ihrerseits verwaltet Beteiligungen der Republik Österreich an börsennotierten Unternehmen. Die Gesellschaft ging 2019 aus der Österreichischen Bundes- und Industriebeteiligungen GmbH (ÖBIB) hervor, die wiederum im Jahr 2015 aus der Österreichischen Industrieholding Aktiengesellschaft (ÖIAG) hervorging.

Wesentlicher Eckpunkt der heutigen Unternehmensphilosophie der Post AG ist eine attraktive Dividendenpolitik. Nach eigenen Angaben sollen jährlich zumindest 75% des Nettoergebnisses an ihre Aktionäre ausgeschüttet werden.

Mit Ende August 2019 erhielten die burgenländischen Postpartner ein Schreiben von der Österreichischen Post AG, dass die Provisionen für Pakete ab 1.1.2020 von 90 auf 40 Cent gesenkt werden. Das entspricht einer Reduktion von 55%.

Diese Vorgehensweise lässt unmissverständlich darauf schließen, dass seitens der Post AG auf eine weitere Zusammenarbeit mit den Burgenländischen Postpartnern kein Wert gelegt wird. Vertragskündigungen, Einstellung von Serviceleistungen für Kunden und Gefährdung von Arbeitsplätzen sind die Folge.

Um drohenden Schließungen von Postämtern und Postpartner-Stellen zugunsten

einer dividendenorientierten Unternehmenspolitik entgegenzutreten wird folgender Beschluss gefasst:

Der Landtag hat beschlossen:

Der Burgenländische Landtag bekennt sich zur Stärkung des ländlichen Raumes, zum Erhalt eines flächendeckenden Filialnetzes der österreichischen Post und den damit verbundenen Arbeitsplätzen, sowie zum Erhalt von Postpartner-Servicestellen.

Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung sowie insbesondere an den Finanzminister als zuständiges Regierungsmitglied für die ÖBAG heranzutreten,

- keine weiteren Maßnahmen zu setzen, welche die Standorte der Postämter und Postpartner-Stellen im Burgenland gefährden.
- die Provisionen für Pakete mit den Postpartnern auf Grundlage fairer Bedingungen neu festzusetzen.
- für den Fall einer notwendigen finanziellen Stabilisierung des Unternehmens Post AG zuerst die Ausschüttung von Dividenden zu reduzieren bzw. darauf zu verzichten.
- geplante Maßnahmen zur Restrukturierung des Filialwesens umgehend dem Land Burgenland und den Gemeinden sowie Gemeindeverbänden bekannt zu geben.
- die Regelung des § 7 Abs. 1 2. Satz Postmarktgesetz derart anzupassen, das auch im ländlichen Raum ein engmaschiges Netz von Postämtern und Postpartner-Stellen zur Verfügung steht.